

A-1 Antifa heißt Wohlfahrtsstaat!

Gremium: 2. Länderrat 2023
Beschlussdatum: 16.12.2023
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Wir erleben einen massiven Rechtsruck in Deutschland und weltweit. Das was vor
2 Jahren noch Außenseiter*innenmeinung der Alternative Für Deutschland war, ist
3 heute Konsens in der "Mitte" der deutschen Parteienlandschaft. Eine rassistische
4 Debatte jagt die andere: Egal ob migrantisierte Personen oder Geflüchtete – die
5 Schuldigen für die Probleme unserer Zeit werden an ihrer Herkunft festgemacht.
6 Dass es sich in der Debatte um Menschen handelt, die vor Krieg, Hunger und
7 Verfolgung fliehen, wird komplett außer acht gelassen.

8 Die Auswirkungen dieses Rechtsrucks spüren dabei nicht nur Geflüchtete, sondern
9 auch andere marginalisierte Gruppen innerhalb unserer Gesellschaft. Queere
10 Menschen müssen tagtäglich um ihre Sicherheit fürchten und können weiterhin
11 nicht selbstbestimmt leben. Übergriffe auf queere Menschen sind Realität und es
12 ist kein Zufall, dass nach fast jedem CSD in dieser Saison neue Vorfälle bekannt
13 wurden.

14 Jüdinnen und Juden haben Angst. Denn der grassierende Antisemitismus kann in
15 diesen Tagen auch nur so gut fußfassen, weil seit Jahren weggeschaut wird, wenn
16 es um die Gefahren geht, die Jüdinnen*Juden jeden Tag ausgesetzt sind. Ein Blick
17 auf die Weltlage lässt uns häufig ohnmächtig fühlen und die Hoffnung auf ein
18 gutes Leben für alle verlieren.

19 Aber damit ist jetzt Schluss! Wir als GRÜNE JUGEND sagen deutlich:

20 **Der Kampf gegen den Rechtsruck darf nicht bei Lippenbekenntnissen enden, sondern**
21 **muss immer echte Sozialpolitik bedeuten!**

22 Rechte greifen reale Ängste von Menschen auf und geben ihnen scheinbar einfache
23 Antworten. Wenn Menschen sich ihre Miete, den Einkauf oder die Stromrechnung
24 nicht mehr leisten können und der Strukturwandel vor Ort keine Perspektive auf
25 ein gutes Leben bietet, schafft das einen Nährboden für rechte Antworten.
26 Bereits zu Beginn der Koalition haben wir gemahnt: Wenn die Regierung an
27 sozialen Projekten spart, wird sie auf die brennenden Fragen unserer Zeit keine

28 Antworten finden. Und genau das ist eingetreten: Die Bundesregierung stellt
29 nicht infrage, warum es gerecht sein sollte, dass die zwei reichsten Familien
30 Deutschlands so viel besitzen, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Dieses
31 Versäumnis ist Wasser auf die Mühlen der Rechten – sie können Arme gegen Ärmere
32 ausspielen: Die Alleinerziehende Mutter gegen den Geflüchteten, das Kind in
33 Bürgergeld gegen die Rentnerin. Alle diese Scheindebatten haben nur ein Ziel:
34 Uns davon ablenken, dass wir uns in Wahrheit nicht Sozialpolitik, sondern die
35 Superreichen nicht mehr leisten können.

36 **Mangelnde Sozialpolitik führt zu Verunsicherung!**

37 Für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Der fehlende politische Wille für eine
38 Sozialpolitik, die alle absichert und von oben nach unten umverteilt, ist das
39 Problem und der Grund für das Erstarken rechter Kräfte. Eine Ampelregierung wird
40 diesem Problem nichts entgegensetzen können, wenn sie sich weigert, Geld in die
41 Hand zu nehmen. Es ist kein Fortschritt zu machen, wenn Investitionen von
42 vornherein ausgeschlossen sind, weil Christian Lindner den Geldhahn blockiert.
43 Die jüngsten Urteile des Bundesverfassungsgericht zeigen nochmal deutlich: Die
44 Haushaltstrickserei wird der Regierung immer wieder auf die Füße fallen. Die
45 Schuldenbremse für 2023 aussetzen ist richtig, die Schuldenbremse abzuschaffen
46 ist und bleibt die einzig vernünftige Lösung für die Zukunft.

47 Es braucht gute Sozialpolitik, denn Menschen brauchen wieder die Gewissheit,
48 dass politische Entscheidungen für sie etwas verbessern können. Stattdessen
49 spüren sie immer wieder, dass sich ihre Lage trotz aller Versprechungen immer
50 wieder verschlechtert. Mit dem Frust kommt die allgemeine Angst vor Veränderung,
51 weil sich niemand mehr sicher sein kann, dass diese Veränderung auch in ihrem
52 Interesse ist.

53 **Veränderungen braucht Absicherung.**

54 Genau diese Skepsis gegenüber von Veränderung ist ein Teil dessen weshalb die
55 AfD im Bundesschnitt in den Umfragen bei über 20% steht. Doch eben nur zu einem
56 Teil. Denn diese Werte sind nicht alleine der Verdienst der AfD. Auch
57 Konservative und mittlerweile sogar Liberale bedienen sich rechter Rhetorik in
58 der Hoffnung, Stimmen wieder abgreifen zu können. Wir sagen klar: Schluss mit
59 dem Hinterherlaufen hinter rechten Parolen. Der AfD nachzuplappern hilft am Ende
60 immer nur dem Original.

61 Wer Veränderung in diesem Land wieder möglich machen und etwas gegen den
62 Rechtsruck tun will, der kann nicht einfach nur ein bisschen "weniger rechts"
63 sein oder bei Lippenbekenntnissen „gegen Rechts“ stehen bleiben. Es braucht
64 jetzt einen Politikwechsel – der wird aber nur kommen, wenn wir den Druck dafür
65 organisieren. Das ist unsere Aufgabe als GRÜNE JUGEND.

66 **Rechtsruck verhindern ist Handarbeit!**

67 Wir sehen es als unsere Aufgabe laut zu sein gegen die aktuelle Politik der
68 Ampelregierung und werden das in den nächsten Monaten auf die Straße tragen. Wir
69 werden auf die Straße gehen, Bündnisse schmieden und den Linksrutsch selbst in
70 die Hand nehmen. Wir werden bei #WirFahrenZusammen aktiv sein, denn dort können
71 Menschen nicht nur konkrete Solidarität erleben, sondern auch, dass sie es
72 selbst in der Hand haben, wie ihr Lohn und ihre Arbeitsbedingungen aussehen –
73 das beste Mittel gegen Frust, ist selbst aktiv zu werden, deshalb ist es
74 wichtig, dass wir als Grüne Jugend diese Kampagne auch in den nächsten Monaten
75 zum Erfolg machen! Wenn wir mit #WirFahrenZusammen diejenigen, die die Busse
76 fahren und sie reparieren organisieren oder wenn wir die lokale Demo für einen
77 gerechten Strukturwandel auf die Beine stellen, dann kämpfen wir bereits überall
78 im Land gegen Rechts. Wir müssen im Kampf gegen die Rechten nicht das Rad neu
79 erfinden. Gegen Rechts hilft es, wenn wir jetzt noch besser darin werden,
80 soziale Kämpfe zu organisieren und dabei immer mehr junge Menschen für unsere
81 Ziele zu begeistern.

82 Dafür wollen wir als GRÜNE JUGEND in Zukunft noch mehr konkrete Konflikte führen
83 und Probleme vor Ort mit den großen politischen Fragen verbinden. Wir wollen
84 Projekte angehen, die das Leben von Menschen spürbar verbessern. Denn, wenn
85 Solidarität wieder erlebbar wird und wir jungen Menschen dazu befähigen,
86 Veränderung selbst in die Hand zu nehmen, können wir dem Rechtsruck langfristig
87 etwas entgegensetzen.

88 Auch unsere Kampagne zur anstehenden Europawahl steht unter diesen Vorzeichen:
89 Wir wollen jungen Menschen einen Ort geben, an dem sie sich politisch einbringen
90 und das gute Leben vor Ort selbst in die Hand nehmen können. Dafür braucht es
91 uns alle! Und natürlich werden wir auch weiterhin, vor allem mit Blick auf die
92 Bundestagswahl, die Verteilungsfrage von oben nach unten in den Vordergrund
93 rücken und klar machen: Ohne Umverteilung geht hier nix! Gegen Rechts kämpfen
94 wir mit Links!

V-1 Fördermittel für politische Bildung und Demokratieförderung ausbauen!

Gremium: 2. Länderrat 2023
Beschlussdatum: 17.12.2023
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die Anzahl von rechtsextremen Vorfällen hat im letzten Jahr einen neuen und
2 beunruhigenden Rekord erreicht. Auch die politisch motivierten rechtsextremen
3 Straftaten, Angriffe auf religiöse Einrichtungen sowie Queer- und
4 Frauenfeindlichkeit nehmen zu. Deutschlandweit sind antidemokratische,
5 fremdenfeindliche und diskriminierende Strömungen sowie eine gesellschaftliche
6 Verrohung auf der Tagesordnung. Auch sehen wir ein stetig abnehmendes Vertrauen
7 in die Politik und eine desaströse Wahlbeteiligung. Es gibt immer weniger
8 Bedenken, offen rechte Meinungen in die Gesellschaft zu bringen, was mit einer
9 Renaissance der Rechten einhergeht. Deshalb ist es jetzt wichtig, dem Einhalt zu
10 gebieten. Das erreichen wir im Kampf für eine soziale Politik und auch dadurch,
11 dass wir uns laut gegen Hass, Hetze und Gewalt positionieren.

12 Die Situation in Deutschland ist ernst. Um den rechten und autoritären
13 Strömungen, jeder Form von Diskriminierung sowie der Politikverdrossenheit etwas
14 entgegen zu setzen, ist es jetzt notwendig, **neben dem Kampf für eine wirklich**
15 **soziale Politik, auch** Programme zur politischen Bildung und Demokratieförderung
16 auszubauen und besser, dauerhaft und verlässlich zu finanzieren.

17 Die rücksichtslose Kürzungspolitik der Ampelregierung stellt eine echte Gefahr
18 für uns alle dar und wirkt sich auch auf die Demokratieförderung und politische
19 Bildung aus. Im kommenden Bundeshaushalt wurden die Mittel für politische
20 Bildung und Demokratieförderung nach den anfänglich geplanten Kürzungen nun beim
21 Wert vom Vorjahr belassen. Mit der aktuellen Inflation wären gleichbleibende
22 finanzielle Mittel eine reelle Kürzung. Somit wird ein einfaches „Weiter so“ dem
23 Ernst der Lage also nicht länger gerecht.

24
25 Für viele Beratungsstellen, politische Bildungseinrichtungen und
26 zivilgesellschaftliche Projekte bedeuten Kürzungen das Aus. Gerade in
27 Ostdeutschland, wo ehrenamtliches Engagement nicht so tief verankert ist, stellt
28 das unsere Gesellschaft vor existenzielle Herausforderungen. Die Menschen, die
29 sich vor Ort gegen erstarkende extremistische Kräfte einsetzen, dürfen hier
30 nicht im Stich gelassen werden.

31 Neben den Erhöhungen müssen die Mittel schnell zur Verfügung gestellt werden und
32 leicht für die Verbände und Organisationen abrufbar sein. Unnötige Hürden und
33 Verzögerungen bei der Auszahlung sind inakzeptabel, behindern die Arbeit der
34 Organisationen **und gefährden Arbeitsplätze von Beschäftigten in diesen**
35 **Bereichen**. Mit Hilfe dieser Angebote kann man rechtes Gedankengut und
36 antidemokratische Ansichten bereits an der Wurzel bekämpfen.

37
38 Es braucht jetzt Planungssicherheit und klare Zusagen, damit die
39 Zahlungsfähigkeit der Träger ab Januar sicher gestellt wird und die Arbeit im
40 ersten Schritt überhaupt fortgeführt werden kann. **Soziale Politik erkämpfen und**
41 **politische Bildung ermöglichen - und zwar jetzt!**

V-2 Solidarität statt mehr Zuzahlungen! Gemeinsam für eine Gesundheitsversorgung ohne finanzielle Hürden!

Gremium: 2. Länderrat 2023
Beschlussdatum: 17.12.2023
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Alle Bürgerinnen und Bürger verdienen gleiche Chancen auf eine gute
2 Gesundheitsversorgung, unabhängig von ihrem sozialen oder wirtschaftlichen
3 Hintergrund. Soziale Gerechtigkeit bildet das Fundament unserer Gesellschaft und
4 sollte auch in der Gesundheitsversorgung eine zentrale Rolle spielen. In der
5 gesetzlichen Krankenversicherung müssen wir sicherstellen, dass die Kosten
6 gerecht verteilt werden und niemand aufgrund seines Einkommens oder sozialen
7 Status benachteiligt wird.

8 Keine neuen Zuzahlungen im Gesundheitssystem!

9 Immer wieder schlagen CDU und konservative Ökonom*innen in letzter Zeit vor,
10 dass Versicherte bei Ärzt*innen einen größeren Eigenanteil übernehmen sollen.
11 Dass die CDU das damit begründet, die »weit verbreitete Flatrate-Mentalität«
12 beenden zu wollen, ist vollkommen absurd. Gesundheitsversorgung ist ein
13 Grundrecht - niemand geht aus Spaß ins Krankenhaus oder in die Arztpraxis. Den
14 immer neuen Vorschlägen zur Aushöhlung des Solidarprinzips erteilen wir eine
15 klare Absage. Bereits das Versagen der Praxispauschale hat gezeigt, dass weder
16 Ärzt*innen noch die Patient*innen eine solche Gängelung wollen.
17 Selbstbeteiligungen können bewirken, dass Patient*innen aus Angst vor zu hoher
18 Kostenbelastung erst zu spät zum:zur Arzt:Ärztin gehen, was wiederum zu
19 Komplikationen und folgendem unnötigen Krankenhaus führen kann. Wir treten ein
20 für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichen Zugang zur
21 Gesundheitsversorgung haben und niemand aufgrund von finanziellen oder
22 bürokratischen Hürden oder aufgrund des Aufenthaltsstatus davon ausgeschlossen
23 werden. Die Krise in unserem Gesundheitssystem wird jeden Tag drastischer. In
24 diesem Antrag werfen wir Schlaglichter auf einige Bereiche, in denen wir als
25 GRÜNE JUGEND dringenden Handlungsbedarf sehen.

26 Fachkräfte endlich fair bezahlen

27 Der Personalmangel im Gesundheitssystem ist katastrophal - hier muss endlich

28 gegengesteuert werden. Damit endlich wieder mehr Fachkräfte gewonnen werden
29 können, müssen sich endlich die Löhne und die Arbeitsbedingungen deutlich
30 verbessern. Eine faire Bezahlung in allen Gesundheitsberufen muss bereits
31 während der Ausbildung gewährleistet sein, um die Berufswahl nicht von
32 finanziellen
33 Ressourcen abhängig zu machen. Wir fordern deshalb die vollständige
34 Schulgeldfreiheit in allen Gesundheits- und Pflegeberufen, eine flächendeckende
35 Bezahlung nach Tarifvertrag sowie eine Bezahlung von Pflichtpraktika während
36 Studium und Ausbildung. Wir schließen uns außerdem der Forderung von Medizin-
37 und Psychologiestudierenden nach einem gerechten Praktischen Jahr für
38 Studierende der Medizin sowie einer Umsetzung der Weiterbildung und der
39 Bezahlung nach Tarif für Studierende der Psychologie an.

40 Zeit für eine Bürgerversicherung

41 Wir setzen uns für eine solidarische Verteilung der Kosten im Gesundheitswesen
42 ein. Dafür wollen wir endlich das System der 2-Klassen-Versicherung überwinden
43 und eine Bürgerversicherung für alle einführen. Grundsätzlich hat sich das
44 Beitragssystem der gesetzlichen Krankenversicherung bewährt. Für Versicherte
45 bietet es oft mehr Sicherheit als etwa privaten Versicherungsunternehmen (PKV) -
46 die auf einer Verzinsung von Rücklagen auf dem Kapitalmarkt beruhen. Statt 2-
47 Klassen-Medizin wollen wir eine Bürger:innenversicherung, bei der alle
48 Bürger*innen je nach Einkommen Beiträge zahlen und gleichzeitig Zugang zu den
49 benötigten Leistungen erhalten. Um das zu ermöglichen, soll die
50 Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden. Aktuell funktioniert das System so:
51 Wer über diese Grenze verdient, muss nicht mehr einzahlen.
52 Das ist unsolidarisch. Die Bürgerversicherung, die wir anstreben gibt
53 Bürger:innen weiterhin die Möglichkeit selbst zu entscheiden, bei welcher
54 Krankenkasse sie sich einschreiben möchten und welche zusätzlichen Leistungen
55 sie dabei in Anspruch nehmen möchten. In ganz Europa gibt es kein Land, das sich
56 einen unnötigen Dualismus aus gesetzlichen Krankenkassen und privater
57 Krankenversicherung auferlegt. Dieser Dualismus führt zu zusätzlichen Kosten,
58 die vermieden werden könnten. Durch eine Auflösung dieses Systems
59 könnte Deutschland effizienter mit seinen Ressourcen umgehen. Klar bleibt
60 trotzdem: Nicht alle Kosten, die im Gesundheitssystem entstehen, werden und
61 sollen beitragsfinanziert abgedeckt werden, an vielen Stellen werden aus den
62 allgemeinen Staatsaushalten Zuschüsse notwendig sein. Fiskalischer Spielraum
63 durch die Abschaffung ökonomisch unsinniger Schuldenregeln sowie eine
64 angemessene Besteuerung hoher Vermögen spielen daher auch für die Finanzierung
65 unseres Gesundheitssystems eine wichtige Rolle

66 Prävention ist mehr als der Ernährungsflyer

67 Eine ernstzunehmende Gesundheitspolitik bedeutet auch, dass wir grundsätzlich
68 und systemisch denken. Denn unsere Gesundheit ist nicht losgelöst vom

69 Kapitalismus: Einem System, in dem nicht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und
70 Wünschen, sondern Profitmaximierung für Wenige, im Mittelpunkt steht. Für die
71 Frage, ob jemand an Diabetes erkrankt oder an einem Herzinfarkt stirbt, ist sein
72 sozioökonomischer Status entscheidender als die Qualität des Gesundheitssystems,
73 das die Person nutzt. Wer also wirklich unser Gesundheitssystem verbessern will,
74 muss sich mit strukturellen Ungleichheiten auseinandersetzen, die zunächst zu
75 Armut, Stress, Überarbeitung und später zu Krankheit führen. Die beste
76 Prävention, ist also dafür zu sorgen, dass alle Menschen in gesunden
77 Lebensverhältnissen leben: Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, verträgliche
78 Arbeitszeiten und gut geheizte, ausreichend große Wohnungen. Außerdem brauchen
79 wir klimafreundliche Städte, die dazu einladen, sich zu bewegen sowie
80 bezahlbares gesundes Essen. Auch gezielte Maßnahmen wie Aufklärung über mentale
81 Gesundheit sowie die Stärkung von psychotherapeutischen Einrichtungen,
82 Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen, Aufklärung über gesundheitsförderndes
83 Verhalten und der Aufbau von Gesundheitskompetenz führen dazu, dass viele
84 Krankenhausaufenthalte vermieden oder frühzeitig erkannt werden können, die
85 möglicherweise nicht notwendig gewesen wären. Das führt zu besseren Ergebnissen
86 bei der Behandlung und einer höheren Lebensqualität und es spart auch erhebliche
87 Kosten im Gesundheitssystem. Konkrete Präventionsangebote scheitern in der Praxis
88 immer wieder daran, dass die Finanzierung ungeklärt oder unzureichend ist und
89 dass Kommunen Steine in den Weg gelegt werden. Das muss sich endlich ändern! Wir
90 setzen uns dafür ein, dass Kommunen endlich auskömmlich und dauerhaft sicher
91 finanziert werden - das muss auch kommunalen Präventionsangeboten nutzen.

92 Gesundheitssystem demokratisieren

93 Immer wieder erleben wir in unserem Gesundheitssystem, dass schlechte
94 Entscheidungen getroffen werden- weil diejenigen, die die Entscheidungen
95 betreffen, nicht mitentscheiden dürfen. Die bestehenden
96 Selbstverwaltungsstrukturen sind oft verkrustet und dem Standesdünkel verhaftet.
97 Stattdessen fordern wir eine Demokratisierung unseres Gesundheitssystems! Wir
98 wollen, dass Entscheidungen auf allen Ebenen von allen Berufsgruppen und
99 Patient*innenvertretern gemeinsam getroffen werden. Statt auf Konkurrenz der
100 Berufsgruppen setzen wir auf Kooperation.

101 Konservative Kräfte versuchen erneut, die Sozialversicherungen weiter
102 auszuhöhlen, indem sie sich für eine Ausweitung der Zuzahlungen und die
103 Einführung von Kostenbeteiligungen streiten. Bereits das Versagen der
104 Praxispauschale hat gezeigt, dass weder die Ärzte noch die Patienten eine solche
105 Gängelung wollen. Lasst uns gemeinsam für eine Vermeidung von Zuzahlungen in der
106 gesetzlichen Krankenversicherung eintreten und eine inklusive Gesellschaft
107 aufbauen, in der alle Menschen gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.

108 Eine ernstzunehmende Gesundheitspolitik bedeutet auch, dass wir die sozialen
109 Faktoren der Gesundheit berücksichtigen und ihnen entgegenwirken. Wir müssen uns

110 mit den strukturellen Ungleichheiten auseinandersetzen, die zu
111 Gesundheitsdisparitäten führen, und Maßnahmen ergreifen, um diese Ungleichheiten
112 zu beseitigen. Ein Loch im Haushalt der sozialen Kranken- und Pflegeversicherung
113 stopfen wir nicht, indem wir die Zugangshürden erhöhen, sondern durch eine
114 gerechte Finanzierung und eine Offensive für Prävention und
115 Gesundheitsförderung.

116 Dazu gehört der niederschwellige Zugang zu Gesundheitsinformationen und die
117 Möglichkeit, Kompetenzen für ein gesundes Leben zu erlangen. Jedoch können wir
118 nicht allein den Einzelpersonen die Verantwortung überlassen, auch die
119 Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Dazu gehören verbesserte
120 Arbeitsbedingungen, angemessene Wohnverhältnisse und eine gesunde Umwelt und
121 Klima in den Städten und auf dem Land."

122 **Für eine gerechte und nachhaltige Finanzierung der Gesundheitsversorgung ohne**
123 **Zuzahlungen**

124 "Für eine gerechte und nachhaltige Finanzierung der Gesundheitsversorgung! Alle
125 Bürgerinnen und Bürger sollten gleichen Zugang zu hochwertigen medizinischen
126 Leistungen haben. Wir, die Grüne Jugend, setzen uns für eine solidarische
127 Verteilung der Kosten im Gesundheitswesen ein. Das aktuelle Beitragssystem der
128 gesetzlichen Krankenversicherung hat sich bewährt und schützt uns in guten und
129 schlechten Zeiten. Des Weiteren hat sie sich in Bezug auf die persönliche
130 Zukunftssicherheit gegenüber den Krankenversicherungen von privaten
131 Versicherungsunternehmen (PKV) - die auf einer Verzinsung von Rücklagen auf dem
132 Kapitalmarkt beruht- behaupten können.

133 Während einige Ökonom:innen, die dem neoliberalen Lager angehören, behaupten,
134 dass große Zuzahlungen und Kostenbeteiligungen einen theoretischen Nutzen haben,
135 betonen Fachökonom:innen immer wieder die überwiegenden Nachteile, die ein
136 solches System mit sich bringt. Selbstbeteiligungen können bewirken, dass
137 Patienten weniger oft zu Hausärzt*innen gehen. Dies hat zur Folge, dass
138 Patienten zu spät zum Arzt gehen, obwohl dann die Behandlungen noch einfach
139 wären. Krankenhausaufenthalte sind immer teurer als ambulante Behandlungen. Eine
140 weitere Belastung der Krankenhäuser ist derzeit nicht erforderlich, insbesondere
141 wenn die Struktur der Krankenhäuser derzeit transformiert wird.

142 Eine Ausweitung von Zuzahlungen würde vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen
143 und einkommensschwache Familien stark belasten. Das würde Ungleichheiten
144 verstärken und diejenigen benachteiligen, die ohnehin schon finanziell belastet
145 sind. Eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ist der Schlüssel für
146 eine nachhaltige Finanzierung der Gesundheitsversorgung. Anstatt Menschen mit
147 niedrigem Einkommen weiter zu belasten und den Zugang zur notwendigen
148 Gesundheitsversorgung zu erschweren, sollten wir alternative Ansätze finden. Es
149 ist wichtig, die Ressourcen effizient zu nutzen und rechtzeitig Behandlungen zu

150 ermöglichen. In Länder wie die Schweiz oder die USA, die sehr stark auf
151 Zuzahlungen setzen, aber diese haben deutlich höhere Krankheitsausgaben im
152 Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Es wird dort mehr Geld für Krankheit
153 ausgegeben, anstatt Kosten im Gesundheitssystem gespart wie einem weiß gemacht
154 werden soll.

155 Deshalb können wir nur abschließend sagen: Finanzierungsoptionen bei denen Armut
156 krank und Krankheit arm macht lehnen wir kategorisch ab!

157 Die Lösung für dieses Problem liegt in der Einführung einer solidarischen
158 Bürger:innenversicherung, bei der alle Menschen je nach Einkommen Beiträge
159 zahlen und gleichzeitig Zugang zu den benötigten Leistungen erhalten. Um das zu
160 ermöglichen, soll die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden. Die
161 Beitragsbemessungsgrenze ist der Betrag, bis zu den Versicherungsbeiträgen
162 gezahlt werden müssen. Wer über diese Grenze verdient muss nicht mehr einzahlen.
163 Das ist unsolidarisch. Die Bürgerversicherung, die wir anstreben gibt
164 Bürger:innen weiterhin die Möglichkeit selbst zu entscheiden, bei welcher
165 Krankenkasse sie sich einschreiben möchten und welche zusätzlichen Leistungen
166 sie dabei in Anspruch nehmen möchten. In ganz Europa gibt es kein Land, das sich
167 einen unnötigen Dualismus aus gesetzlichen Krankenkassen und privater
168 Krankenversicherung auferlegt. Dieser Dualismus führt zu zusätzlichen Kosten,
169 die vermieden werden könnten. Durch eine Auflösung dieses Systems könnte
170 Deutschland effizienter mit seinen Ressourcen umgehen.

171 **Unsere Antwort: Prävention, Versorgungsforschung und Digitalisierung**

172 Um unser Gesundheitssystem zukunftsfähig und nachhaltig zu gestalten, sollten
173 wir verstärkt auf Prävention und Früherkennung setzen. Durch Investitionen in
174 präventive Maßnahmen und eine umfassende Gesundheitsförderung können wir teure
175 Behandlungen und Krankenhausaufenthalte vermeiden. Eine progressive
176 Gesundheitspolitik erkennt an, dass Prävention nicht erst beim Arztbesuch
177 beginnt, sondern bereits in den Lebenswelten der Menschen. Deshalb sollte
178 Prävention und Früherkennung für alle zugänglich gemacht werden, ohne
179 finanzielle Barrieren.

180 Finanzielle Hindernisse sollten nicht den Zugang zur Präventions- und
181 Früherkennungsmaßnahmen erschweren. Vor allem vulnerable Gruppen, die
182 möglicherweise finanzielle Schwierigkeiten haben, sollten nicht durch
183 zusätzliche Kosten benachteiligt werden. Eine fortschrittliche
184 Gesundheitspolitik strebt an, dass alle Menschen ohne finanzielle Hürden Zugang
185 zu Präventionsmaßnahmen haben. Durch Verzicht auf Zuzahlungen sorgen wir dafür,
186 dass keiner aufgrund finanzieller Gründe von wichtigen vorbeugenden Maßnahmen
187 ausgeschlossen wird.

188 Vorbeugung ist entscheidend für langfristige Gesundheit und Wohlbefinden.

189 Gezielte Maßnahmen wie Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen, Aufklärung über
190 gesundheitsförderndes Verhalten und der Aufbau von Gesundheitskompetenz führen
191 dazu, dass viele Krankenhausaufenthalte vermieden oder frühzeitig erkannt werden
192 können, die möglicherweise nicht notwendig gewesen wären. Das führt zu besseren
193 Ergebnissen bei der Behandlung und einer höheren Lebensqualität, und es spart
194 auch erhebliche Kosten im Gesundheitssystem.

195 Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir den einzigartigen deutschen Irrweg in
196 der Prävention verlassen und bewährte Wege in der Finanzierung beschreiten. In
197 unserem aktuellen System werden die Beiträge der Versicherten genutzt, um die
198 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und kassenindividuelle
199 Präventionsangebote zu finanzieren. Diese kassenindividuellen Angebote sind aber
200 oft nur Marketingmaßnahmen und keine echte Prävention.

201 Das momentane Regelwerk behindert die Bemühungen von Kommunen, die Gesundheit
202 der Bevölkerung zu fördern und führt dazu, dass Projekte eingestellt werden.
203 Nach derzeitiger Rechtslage muss eine Kommune, die eine Maßnahme einführt, nach
204 Abschluss des Projektes die volle finanzielle Verantwortung tragen. Das belastet
205 die kommunalen Finanzen und nur die größten Kommunen können sich
206 Präventionsmaßnahmen leisten. Wir benötigen eine Anpassung der Vorgehensweise,
207 damit effektive Angebote längerfristig bestehen bleiben können und Kommunen
208 Mittel aufbauen können, um Prävention zu ermöglichen. Es sind Förderprogramme
209 notwendig, damit auch die am stärksten betroffenen Gemeinden Maßnahmen umsetzen
210 können. Um unsere Vorstellung einer präventiven Gesundheitsversorgung zu
211 verwirklichen, benötigen wir neue Strukturen, die das Gesundheitswesen auf
212 kommunaler Ebene denken. Dazu sind partizipative Gesundheitsregionen
213 erforderlich, an denen alle relevanten Akteure beteiligt sind, von Sportvereinen
214 über Schulen und Unternehmen bis hin zu Pflegediensten und Stadtplanern.

215 Die wichtige Funktion der Heilmittelerbringer:innen und vieler weiterer
216 Berufsgruppen in der Rehabilitation wird auch in Deutschland verkannt. Die
217 wichtige Funktion der Heilmittelerbringer:innen muss in der Vergütung und in den
218 Kompetenzen auf ein internationales Niveau angehoben werden.

219 Eine faire Bezahlung in allen Gesundheitsberufen muss bereits während der
220 Ausbildung gewährleistet sein, um die Berufswahl nicht von finanziellen
221 Ressourcen abhängig zu machen. Insbesondere befürwortet die GRÜNE JUGEND die
222 Forderungen nach einem gerechten Praktischen Jahr für Studierende der Medizin
223 sowie einer Umsetzung der Weiterbildung und der Bezahlung nach Tarif für
224 Studenten der Psychologie. Der Demografische Wandel klopft an der Tür und die
225 Berufe, die uns gesund halten, sollten dabei nicht zu einer Frage des
226 elterlichen Geldbeutels verkommen. Alle Gesundheitsberufe werden wir in der
227 Zukunft noch mehr benötigen.

228 Während die Gesundheitsversorgung in Deutschland stagniert und die

229 Selbstverwaltung auf Bundesebene kaum in der Lage ist, kreative Lösungen für die
230 anstehenden Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegewesen zu entwickeln,
231 gehen andere Länder in der Versorgungsforschung voran.

232 Der Innovationsfonds war ein guter Start, aber er muss weiter ausgebaut werden.
233 Dafür müssen die Finanzmittel erhöht und die maximalen Laufzeiten verlängert
234 werden. Insgesamt sind beim Innovationsfonds ca. 300 Mio. € verfügbar. Der
235 Zeitraum zwischen dem ersten Treffen der Forschungsgruppen und der Auswertung
236 ist auf vier Jahre begrenzt. Das kann für viele Projekte zu kurz sein, um
237 verlässliche Ergebnisse zu liefern. Wir möchten einen längeren Zeitraum
238 ermöglichen, um mehr Daten zu sammeln und dadurch sicherere Ergebnisse zu
239 erzielen. Für Forschungsprojekte, die ganze Versorgungsstrukturen im Vergleich
240 zu einzelnen Interventionen untersuchen, wollen wir mehr Spielraum schaffen, um
241 auch sehr umfangreiche Evaluationen zu ermöglichen. Die Mittel wollen wir
242 mindestens verdoppeln. Es ist wichtig, dass Deutschland sich stärker an der
243 evidenzbasierten Forschung beteiligt, um gute Entscheidungen treffen zu können.
244 Wir benötigen klare Fakten, um gute Entscheidungen zu treffen.

245 Leistungserbringer:innen sind stark damit beschäftigt, auf dem neuesten Stand zu
246 bleiben. Um dies gut und einfach zu ermöglichen, brauchen wir eine digitale
247 Infrastruktur. Diese soll immer die neuesten Informationen, Sicherheits- und
248 Risikoanalysen für alle an der Versorgung beteiligten Personen anzeigen. Dadurch
249 kann die Wahl der besten Therapie oder Medikamente vereinfacht werden und
250 Patienten eine bessere Behandlungsqualität erleben.

251 So gibt es bereits durch technische Fortschritte in der Biotechnologie, der
252 Medizintechnik und durch Künstliche Intelligenz die Möglichkeit Krankheiten
253 früher zu erkennen. Dazu benötigen wir auch ein digitales Ökosystem, welches
254 forschen umfangreich ermöglicht. Weiterer Erfolge sind zum Greifen nah. So
255 könnte ein Ausbaue der Telemedizin und Fernbehandlung Patienten nah und fern bei
256 der Behandlung helfen. In speziellen Einzelfällen könnten Fachärzt:innen zu
257 einer Konsultation digital dazu gezogen werden, wie es bereits im
258 Schlaganfallnetz STENO der Fall ist. Des Weiteren könnten Physiotherapeut:innen
259 den Erfolg von Patienten mittels Wearables beobachten und Psychotherapeut:innen
260 digitale Sprechstunden haben und integrativ zur Behandlung auf
261 Therapietagebücher zugreifen.

262 Als GRÜNE JUGEND engagieren wir uns für eine umfassende und auf evidenzbasierte
263 Gesundheitsversorgung, bei der soziale Gerechtigkeit und ökologische
264 Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. Wir wollen sicherstellen, dass jede:r
265 Bürger:in unabhängig von seinem Einkommen gleichen Zugang zu hochwertigen
266 medizinischen Leistungen hat und die Kosten fair und nachhaltig verteilt werden.
267 Eine bessere Gesundheit macht Menschen nicht nur glücklicher, sondern bringt
268 auch Zugewinne für die ganze Gesellschaft. Dafür benötigen wir Investitionen in
269 präventive Maßnahmen und Programme, um die Menschen dazu zu ermutigen, ihre
270 eigene Gesundheit zu schützen.

271 **Wie wollen wir das finanzieren?**

272 Hierfür ist die Antwort die Bürger:innenversicherung. Studien gehen davon aus,
273 dass eine sofortige Einführung einer uneingeschränkten Bürger:innenversicherung
274 bis zu zwei Prozent Beitragssatz ausmachen können. Man könnte entweder den
275 Beitragssatz für alle senken, wodurch sich die Lohnnebenkosten in Deutschland
276 senken würden und die Mittelschicht und prekär beschäftigte entlasten würden
277 ODER man könnte die Mehreinnahmen für eine Präventionsoffensive nutzen. Es wären
278 mit Mehreinnahmen von rund 10-15 Mrd.€ zu rechnen. Diese Gelder würden mehr als
279 ausreichen, um die von uns beschriebenen Projekte zu finanzieren. In Anbetracht,
280 dass die gesetzliche Krankenversicherung für Prävention nur 500 - 550 Millionen
281 Euro pro Jahr ausgibt und der Innovationfond nur 300 Mio. € umfasst.